

## Öffentliche Sitzung

|                          |  |
|--------------------------|--|
| Protokoll Nr.:           | 10/2021  |
| Sitzung:                 | Gemeinderat  |
| Datum:                   | 23.11.2021   |
| Zeit:                    | 19:00 Uhr – 21:38 Uhr  |
| Ort:                     | Aula Schulzentrum, Alter Postweg 10  |
| Vorsitz:                 | Bürgermeister Volk   |
| Mitglieder anwesend:     | <p><b><u>Grüne</u></b><br/>Stadträtinnen Geißler, Groesser, Schlüchtermann, Weber und Dr. Welter;<br/>Stadträte Katzenstein und Konrad</p> <p><b><u>FW</u></b><br/>Stadträtin Stephanie Streib,<br/>Stadträte Rehberger, Dr. Rothe, Scholl,<br/>KH Streib und Wachert (bis 19:45 Uhr)</p> <p><b><u>CDU</u></b><br/>Stadträtinnen Weichert, Oppelt und von Reumont,<br/>Stadträte Bernauer, Schendzielorz und Wagner</p> <p><b><u>SPD</u></b><br/>Stadträtinnen Linier, Oehne-Marquard (bis TOP 2) und Striegel,<br/>Stadträte Bergsträsser, Hertel, Hornung (ab TOP 3) und Schimpf</p> <p><b><u>Linke</u></b><br/>Stadtrat La Licata</p> |
| weiter anwesend:         | Frau Polte, FB 1; Herr Möhrle, FB 3; Frau Lutz, FB 6   |
| Mitglieder entschuldigt: | Stadtrat Fritsch, Stadtrat Wachert (ab 19:45 Uhr)  |
| Urkundspersonen:         | Stadträtin Dr. Welter, Stadtrat Bergsträsser   |
| Sachvortrag:             | Herr Huber und Frau Mattern-Menzel (Johannes-Diakonie).  |
| Schriftführerin:         | Frau Taag  |

0: **Bürgerfragestunde**

Ein Bürger aus dem Ortsteil Mückenloch erklärt, in der Bürgerfragestunde der letzten Gemeinderatssitzung um die Errichtung einer Photovoltaik-Anlage auf der Mülldeponie in Mückenloch gebeten zu haben und erkundigt sich nach dem Sachstand.

Der Bürgermeister berichtet, dass die Stadtverwaltung derzeit gemeinsam mit dem Klimaschutzbeirat mehrere Photovoltaik-Anlagen in ganz Neckargemünd plane. Eine spezielle Sitzung hierzu sei im Dezember geplant gewesen, müsse nun wohl wegen der derzeitigen Coronavirus-Situation auf Januar verschoben werden. Wichtig sei, dass die Anlagen noch in den Haushalt 2022 aufgenommen würden.

Der Bürger fragt, ob denn nicht die Stadtwerke Heidelberg Bauherrin sei.

Der Bürgermeister erklärt, die Stadtwerke hätten vor Jahren ein Angebot abgegeben. Die Stadt müsse sorgfältig abwägen, ob es sinnvoller sei, dass die Stadt die Anlagen selbst baut und betreibt. Die Gespräche hierzu seien nichtöffentlicher Natur.

Der Bürger wirft der Stadt Verzögerung vor. Bei der Gemeinderatssitzung vom 8.12.2020 habe er nach der Baulanderschließung im Haager Feld gefragt. Heute wolle er sich erneut nach dem Sachstand erkundigen.

Der Bürgermeister sagt, er habe dem Bürger hierzu bereits mehrfach Auskunft gegeben. Das Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis bestehe darauf, dass zwei separate Entwässerungen gebaut werden. Dadurch seien die Erschließungsbeiträge nicht bezahlbar und das Bauland nicht wirtschaftlich.

Der Bürger äußert, er sei verwundert, dass dann andernorts Bauland ausgewiesen werde und fragt nach dem Unterschied zu anderen Baugebieten.

Der Bürgermeister antwortet, der Unterschied sei, dass hier eine Entwässerung durch den Ort gebaut werden müsse und das mache das Bauvorhaben teuer.

Ein anderer Neckargemünder Bürger führt aus, in der zurückliegenden Gemeinderatssitzung sei beschlossen worden, dass im Ortsteil Rainbach ein Bebauungsplan aufgestellt werden soll. Er fragt, wieso es vor dem Aufstellungsbeschluss einen Runden Tisch mit den Investoren von „Rainbach 2.0“ gegeben habe und wer die eingehenden Bauanträge prüfe.

Der Bürgermeister stellt richtig, dass der Gemeinderat beschlossen habe, dass die Stadtverwaltung einen Aufstellungsbeschluss vorbereiten solle. Damit sei der Beschluss noch nicht gefasst. Der Gemeinderat habe sich auch ausdrücklich gewünscht, dass es einen „Runden Tisch“ mit Fraktionsvorsitzenden, Investoren und Stadtverwaltung gäbe. Eine gemeinsame Pressemitteilung sei vorbereitet und dem Investor vorgelegt worden. Dieser habe bisher lediglich rückgemeldet, dass die Pressemitteilung so nicht vollständig sei, habe bisher aber keine Verbesserungsvorschläge gemacht. Er, der Bürgermeister, halte sich an sein Wort, dass eine gemeinsame Pressemitteilung herausgegeben werde. Eingereichte Planunterlagen würden im Stadtbauamt und der zuständigen Stelle des Landratsamts geprüft und der genannte Bauantrag werde heute hier noch behandelt.

Ein weiterer Neckargemünder Bürger dankt für die Vermittlungen des Bürgermeisters in der letzten Gemeinderatssitzung bezüglich des Wegfalls von Parkplätzen auf Bahnhofstraße und Wiesenbacher Straße für Radwege. Ohne diese wäre das Radverkehrskonzept „gestorben“. Er erkundigt sich, wie es nun konkret weitergehe.

Der Bürgermeister berichtet, die Unterlagen seien nun dem Landratsamt zur Verfügung gestellt worden. Straßenbaulastträger sei die Bundesrepublik und somit das Regierungspräsidium in Karlsruhe zuständig. Die Entscheidungshoheit liege nicht bei der Stadt. Die Entscheidung des Gemeinderats, mit den Plänen einverstanden zu sein, sei wichtig für das weitere Vorgehen.

Die Initiatorin der Bürgerinitiative „Waldwende Neckargemünd“ berichtet von der von ihr organisierten Waldbegehung. Dabei sei eine Stelle angesehen worden, an der das Forstamt einen Kahlschlag plane. Sie fragt, ob der Bürgermeister die Aktivitäten des Kreisforstamts überprüfe oder nur die vorgelegten Berichte abzeichne. Sie erkundigt sich zudem, ob eine andere Zertifizierung möglich sei.

Der Bürgermeister erwidert, dass der Gemeinderat und er regelmäßig Waldbegehungen mit dem Förster unternähmen und sich beim Kreisforstamt sehr gut aufgehoben fühlten. Die von der Bürgerin gewünschte Zertifizierung basiere auf Baumzwischenabständen, die in Neckargemünd so nicht gegeben seien. Es stimme schlicht nicht, dass im Neckargemünder Wald nicht nachhaltig gewirtschaftet werde. Es wachse mehr Holz nach als gefällt werde. Wenn man den Wald sich selbst überlasse und kein Holz entnehme, wachse weniger Holz nach und so könne auch weniger CO<sub>2</sub> gespeichert werden.

Die Bürgerin sagt, das Kreisforstamt berufe sich auf den Gemeinderat und der Gemeinderat sich auf das Kreisforstamt, das sei ein Zirkelschluss. Sie fragt erneut, ob nur „Zahlen“ abgezeichnet würden oder der Gemeinderat sich mit der Thematik auseinandersetze.

Der Bürgermeister betont, dass sich die Stadt mit der Thematik auseinandersetze und im ständigen Austausch mit den Förstern sei. Er bekäme auch von Forstwirten aus anderen Regionen bestätigt, dass das Kreisforstamt gute Arbeit mache.

Eine Neckargemünder Bürgerin bekundet ihre Bedenken bezüglich der TOPs 7 und 8. Die Bewohner der Straße „Am Neckarberg“ im Ortsteil Rainbach hätten Bedenken, ob die geplanten Neubauten nicht die einzige Zufahrtstraße in die Siedlung gefährdeten. Der Bebauungsplan solle in östlicher Richtung erweitert werden, angrenzende Flurstücke und brachliegende Wiesen miteinbezogen werden. Nur eine Veränderungssperre sei zu wenig. Eine Ortserweiterung müsse möglich sein und der Plan solle kreativer sein.

Der Bürgermeister wendet ein, dass eine Erweiterung in ein Landschaftsschutzgebiet nicht möglich sei, hier gäbe es keine Bebauungsmöglichkeit. Die Stadt habe sich an dem orientiert, was möglich sei. Wenn am Neckarberg gebaut werde, liege die Verkehrssicherungspflicht beim Bauherrn. Das sei bei jedem Bauprojekt so.

Eine andere Bürgerin berichtet, sie habe sich mit dem Klimaschutzkonzept von Neckargemünd auseinandergesetzt und vermisse das Thema Wald. Sie sei VHS-Dozentin, habe mit vielen Bürgerinnen und Bürgern zu tun und höre die Sorge heraus, dass zu viele Bäume gefällt würden und eine Beschattung verhindert werde. Sie habe im Wald trockene Stellen und vertrocknete Eichen gesehen und vermute als Ursache, dass der Waldboden dort nicht beschattet sei. Für den Wald brauche es ein neues Denken aufgrund des Klimawandels.

Der Bürgermeister setzt dagegen, in der aktuellen Forsteinrichtungsperiode sei der Hiebsatz reduziert worden. Die Förster gingen sehr sorgfältig vor und entnähmen

Bäume, damit der Wald eine Durchmischung erhalte, so dass er für alle Eventualitäten gewappnet sei. Der Förster Uwe Reinhard habe bei der letzten Waldbegehung sehr detailliert gezeigt, warum er hier eine Eiche entnehme und dort eine stehen lasse.

Die Bürgerin insistiert, dass sich jetzt das Klima ändere, es gäbe sehr heiße Sommer, daher müsse ein Umdenken erfolgen.

Der Bürgermeister erwidert, das Umdenken finde statt. Hierbei müsse man mit den Forstleuten als Experten zusammenarbeiten. Der genannte Kritikpunkt, was das Klimaschutzkonzept angehe, sei korrekt. Gerade würden Klimaschutzkonzept und -leitbild aktiv fortgeschrieben und der Wald müsse darin mehr Beachtung finden.

Nach Abschluss der Bürgerfragestunde stellt Stadträtin von Reumont im Namen der Fraktionen der Grünen und der CDU den Geschäftsordnungsantrag, die TOPs 7 und 8 heute von der Tagesordnung zu nehmen und sie auf die Sitzung im Januar 2022 zu verschieben.

Stadtrat Konrad verliest die Begründung hierzu. Sie ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Es geht dabei im Kern darum, dass erneut ein Dialog habe angestoßen werden können, mit dem Investor ein neuer Plan ohne „Schiffchen“ besprochen worden sei und hier die weitere Entwicklung abgewartet werden soll.

Stadtrat Wachert verliest die Gegenrede der Fraktion der Freien Wähler. Auch diese dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Anschließend stellt er den Antrag auf namentliche Abstimmung.

Dafür stimmen alle Teilnehmer der Grünen und der CDU, d.h. die Stadträtinnen Geißler, Groesser, Schlüchtermann, Weber und Dr. Welter und die Stadträte Katzenstein und Konrad sowie die Stadträtinnen Weichert, Oppelt und von Reumont und die Stadträte Bernauer, Schendzielorz und Wagner, sowie der Bürgermeister.

Dagegen stimmen die Fraktionen der Freien Wähler und der SPD, d.h. Stadträtin Stephanie Streib sowie die Stadträte Rehberger, Dr. Rothe, Scholl, Karlheinz Streib und Wachert und die Stadträtin Linier, Oehne-Marquard und Striegel sowie die Stadträte Bergsträsser, Hertel und Schimpf und der fraktionslose Stadtrat La Licata.

Der Bürgermeister gibt im Anschluss eine persönliche Erklärung ab. Es sei sehr positiv, dass Gesprächsbereitschaft beim Investor und den Fraktionen vorhanden sei. Auch er halte den Bebauungsplan weiter für ein gutes Mittel, es gehe hier in der Sache jedoch nichts verloren, wenn die TOPs verschoben würden.

Stadtrat La Licata gibt ebenfalls eine persönliche Stellungnahme ab. Er sei schockiert, dass es eine nichtöffentliche Gesprächsrunde gegeben habe, von der er nichts gewusst habe. Er fühle sich in seiner Ehre als Stadtrat verletzt, halte das Vorgehen für kommunalrechtlich angreifbar und bittet darum, solch ein Vorgehen künftig zu unterlassen und stattdessen immer alle Stadträte zu informieren.

Stadtrat Dr. Rothe verliest ein Zitat aus der Stellungnahme der Fraktion der Grünen aus der Gemeinderatssitzung vom 29.06.2021. Damals hätten sie für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan gestimmt und nun stimmten sie gegen den Bebauungsplan.

1: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 09/2021 vom 26.10.2021**

1.1: **Sachvortrag:**

Das Protokoll liegt den Stadträten im Wortlaut vor.

1.2: **Beratung:**

Stadtrat Wagner sagt, er vermisse im TOP 13 seinen Redebeitrag. Er hätte danach gefragt, ob die Gelder, die vom Gerichtsverfahren noch übrig sind, zur Verfügung stehen.

Frau Polte betont, es werde nicht jeder Redebeitrag aufgeführt, da kein Wortprotokoll geführt werde. Wenn sich ein Stadtrat nicht richtig wiedergegeben fühle, könne das Gremium darüber abstimmen.

Der Bürgermeister bittet darum, grundsätzlich Änderungswünsche am Protokoll vorab schriftlich einzureichen, damit sie nachvollzogen werden könnten.

Stadtrat La Licata merkt an, er habe in seinem Redebeitrag zu TOP 11 nicht gesagt, die Unterscheidung in Kampfhund und Nichtkampfhund gefalle ihm nicht, sondern dass er dies für unwissenschaftlich halte.

Stadtrat Dr. Rothe merkt an, unter dem TOP 4.1 nicht den Antrag der SPD, sondern der Freien Wähler begründet zu haben. Zudem habe es im TOP 10 bezüglich der Grundsteuer 23 und nicht 13 Ja-Stimmen gegeben.

Stadträtin Striegel hätte sich im Titelblatt lieber unter den „Stadträtinnen“ als den „Stadträten“ aufgeführt.

1.3: **Beschluss:**

Das Protokoll wird von den Urkundspersonen unterzeichnet und vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

2: **Ausscheiden von Frau Anna-Magdalena Oehne-Marquard aus dem Gemeinderat**

2.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 – Öffentlichkeitsarbeit und Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

2.2: **Beratung:**

Der Bürgermeister richtet dankende und ehrende Worte an Stadträtin Oehne-Marquard und übergibt ihr eine Urkunde sowie eine kleine Aufmerksamkeit.

Stadtrat Schimpf schließt sich als SPD-Fraktionsvorsitzender mit dankenden Worten an und übergibt Geschenke und Gutscheine an die scheidende Stadträtin.

Stadträtin Oehne-Marquard hält ein Abschiedsplädoyer für mehr Teilhabe von Senioren am öffentlichen Leben.

2.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag von Frau Anna-Magdalena Oehne-Marquard auf Ausscheiden aus dem Gemeinderat aus wichtigem Grund gemäß § 16 Abs. 1 GemO zum 31. Oktober 2021 einstimmig zu.

3: **Nachrücken von Herrn Matthias Hornung in den Gemeinderat**

- **Feststellen eventueller Hinderungsgründe nach § 29 der Gemeindeordnung**
- **Verpflichtung durch den Bürgermeister**

3.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 – Öffentlichkeitsarbeit und Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

3.2: **Beratung:**

Stadtrat Schimpf überreicht dem neuen Fraktionsmitglied eine kleine Aufmerksamkeit.

3.3: **Beschluss:**

Nach dem Ausscheiden von Stadträtin Oehne-Marquard zum 31.10.2021 rückt Herr Matthias Hornung als nächster Ersatzkandidat im Wohnbezirk Dilsberg zum 01.11.2021 in den Gemeinderat der Stadt Neckargemünd nach.

Der Gemeinderat stellt gem. § 29 Abs. 5 GemO einstimmig fest, dass für das Nachrücken von Herrn Hornung keine Hinderungsgründe bestehen.

Der Bürgermeister verpflichtet Herrn Hornung auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Amtspflichten gem. § 32 Abs. 1 der Gemeindeordnung.

19:45 Uhr, Stadtrat Wachert verlässt das Gremium.

4: **Umsetzung von Ausschüssen**

4.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 – Öffentlichkeitsarbeit und Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

4.2: **Beratung:**

Es gibt keine Wortmeldungen.

4.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat wählt im Wege der Einigung die in der Vorlage genannten Gemeinderäte zu Mitgliedern bzw. stellvertretenden Mitgliedern der betroffenen Ausschüsse. Die Nachbesetzung für die Kommissionen werden von den Fraktionen benannt; eine Wahl ist nicht erforderlich. Die von den Umsetzungen nicht betroffenen bisherigen Besetzungen sollen unverändert bleiben.

5.1: **Kinderbetreuungseinrichtung der Johannes-Diakonie: Betriebsführungsvertrag über den öffentlichen Kindergarten**

5.1.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 2 – Bildung, Kultur, Personal ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

5.1.2: **Beratung:**

Die TOPs 5 und 6 werden gemeinsam aufgerufen und besprochen.

5.1.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt einstimmig dem beiliegenden Betriebsführungsvertrag mit der Johannes-Diakonie Mosbach, betreffend den öffentlichen Kindergarten, zu.

5.2: **Kinderbetreuungseinrichtung der Johannes-Diakonie: Gebäudestandard und aktuelle Kalkulation**

5.2.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 2 – Bildung, Kultur, Personal ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

5.2.2: **Beratung:**

Herr Huber berichtet, die Johannes-Diakonie habe mit entsprechenden Fachleuten die zuletzt als „Blechhütte“ bezeichnete Planung ihres Neubaus deutlich aufgebessert, so dass sie nun den Energiestandard 40 ee+ erreiche. Der Passivhausstandard sei nicht erreichbar, unter anderem weil das Haus auf dem Gelände nicht komplett nach Süden ausgerichtet werden könne. Es sei das Maximum in Sachen Energiestandard umgesetzt worden und so bitte er um die Zustimmung des Gremiums.

Frau Mattern-Menzel umreißt kurz, was in dieser Hinsicht geändert wurde. Sie verdeutlicht, dass das Gebäude um 70 % besser sei als die gesetzliche Vorgabe.

Stadtrat Katzenstein sagt, die wegen des viel besseren Gebäudestandards um 2,5 % gestiegenen Betriebskosten seien tragbar. Er fragt, ob es am Ende des Jahres eine Spitzabrechnung geben werde und ob die Johannes-Diakonie das Gebäude selbst warte. Er bittet die Verwaltung, auf dem Deckblatt noch den Verweis auf den Klimaschutz zu ergänzen. Er dankt dem Gremium dafür, den Bauantrag nochmal zurückgestellt und dem Bauträger die entsprechenden Hausaufgaben mitgegeben zu haben und dankt dem Bauträger und der Architektin für das sehr gute Ergebnis. Klimaschutz sei nicht kostenlos, rechne sich aber, und oft sei er gar nicht so teuer.

Stadtrat Rehberger verliest die Stellungnahme der Fraktion der Freien Wähler. Sie ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Stadträtin Oppelt dankt dem Bauherrn, dass er den Wunsch des Gemeinderats so schnell und gut umgesetzt habe. Sie lobt den zukunftsorientierten Bau.

Stadträtin Striegel sagt, die SPD-Fraktion begrüße, dass die Johannes-Diakonie weiterhin in Neckargemünd bauen wolle. Sie lobt Pläne und Umsetzung, so könne auch die SPD-Fraktion den Mehrkosten zustimmen, obgleich sie der Meinung seien, dass Kinderbetreuungseinrichtungen grundsätzlich vom Land finanziert werden und für Eltern kostenfrei sein sollten.

Herr Huber führt aus, dass die Johannes-Diakonie Erfahrung mit solchen Bauprojekten habe und so sparsam wie möglich bauen werde. Der Energiebedarf des Erdgeschosses und der Tagespflege würden separat berechnet. Die Energieeinsparung könne zum heutigen Tag nicht benannt werden.

Frau Mattern-Menzel ergänzt, die Energieeinsparung durch den höheren Energiestandard sei in die Berechnung eingerechnet worden.

Stadträtin Groesser fragt, wer für die Wartungen der energieintensiven Stromeinrichtungen zuständig sei. Da könnten die Kosten bei schlechter Wartung schnell ausufern. Herr Huber antwortet, das Gebäudemanagement der Johannes-Diakonie habe ein funktionierendes Facility Management und schließe entsprechende Wartungsverträge mit Fachfirmen ab.

5.2.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, die Mehrkosten des verbesserten Gebäudestandards zu 100 % zu übernehmen.

6: **Bauantrag zum Neubau einer Kindertagesstätte und Tagespflege für Senioren auf dem Grundstück Flst.-Nr. 4649, Am Kalkbrunnen 3, Neckargemünd**

6.1.: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 6 – Bauwesen, Tiefbau, Verkehr ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

6.2: **Beratung:**

Frau Mattern-Menzel merkt an, dass die Wände durch die Dämmung dicker würden, daher werde es geänderte Tekturpläne geben.

6.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat erteilt einstimmig sein Einvernehmen gemäß §§30 und 31 Abs. 1 und 2 Baugesetzbuch.

Die beiden folgenden TOPs werden aufgrund des zu Anfang der Sitzung mehrheitlich angenommenen Geschäftsordnungsantrages von der Tagesordnung genommen und nicht behandelt:

7: **Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan „Nördlich der Ortsstraße“ in Neckargemünd-Rainbach**

8: **Erlass einer Satzung über die Veränderungssperre für das Gebiet „Nördlich der Ortsstraße“ in Neckargemünd-Rainbach**



9: **Bauantrag zum Neubau von 3 Mehrfamilienhäusern auf dem Grundstück Flst. 596 und 597 am Neckarberg 1 und Ortsstraße 9**

9.1.: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 6 – Bauwesen, Tiefbau, Verkehr ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

9.2: **Beratung:**

Der Bürgermeister fügt hinzu, dass der Investor beim Landratsamt ein Ruhen des Verfahrens beantragt habe. Grundsätzlich habe die Gemeinde für die Beschlussfassung über die Erteilung des Einvernehmens nach Einreichen des Bauantrages zwei Monate Zeit, die Angelegenheit im Gemeinderat zu behandeln. Ein Ruhen des Bauantrages unterbreche diese Frist zwar, setze sie aber nicht auf Anfang zurück. Nur, wenn ein Bauantrag zurückgenommen würde, wäre das der Fall. Es sei daher extrem wichtig, den Antrag heute zu behandeln, denn im schlimmsten Fall würde der Bauantrag die nächsten Wochen wiederaufleben gelassen. Nachdem von der Zweimonatsfrist nun schon 5 Wochen verstrichen seien, gäbe es dann nur noch 3 Wochen Frist zur Entscheidung, was bedeute, dass ggf. in den Weihnachtsferien eine Sondersitzung anberaumt werden müsste, bei der evtl. der Gemeinderat nicht beschlussfähig wäre. Das gelte es zu vermeiden.

Frau Lutz berichtet, die Stadtverwaltung sei der Meinung, dass sich dieses Bauvorhaben nicht nach Art und Maß in die Umgebung einfüge und schlage vor das Einvernehmen für diesen Bauantrag nicht zu erteilen.

Stadtrat Streib, zugleich Ortsvorsteher von Dilsberg, weiß zu berichten, dass der Ortschaftsrat Dilsberg bei einer Ja- und acht Nein-Stimmen das Einvernehmen abgelehnt habe.

9.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat versagt mehrheitlich bei 2 Ja-Stimmen und 23 Nein-Stimmen das Einvernehmen gemäß §34/35 Baugesetzbuch.

10: **Vorberatung der Verbandsversammlung des Gemeindeverwaltungsverbands Neckargemünd am 08.12.2021**

10.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 – Öffentlichkeitsarbeit und Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

10.2: **Beratung:**

Der Bürgermeister berichtet aus der letzten Verbandsversammlung, in der sich die Verbandsgemeinden auf das neue Stimmverhältnis von 2–1–1–1., d.h. 2 Stimmen für Neckargemünd sowie jeweils eine für die drei anderen Verbandsgemeinden geeinigt hätten. So könnte Neckargemünd nichts mehr im Alleingang entscheiden, was den anderen drei Mitgliedsgemeinden aufgrund schlechter Erfahrungen in der Vergangenheit sehr wichtig gewesen sei. In diesem Sinne müssten dann folgerichtig auch die Kosten neu verteilt werden. Bammental und Gaiberg hätten zunächst geäußert, das

Integrations- und Klimaschutzmanagement nicht mehr mit dem Gemeindeverwaltungsverband zusammen machen zu wollen. Im Integrationsmanagement seien sie vertraglich an die Förderung gebunden und hätten im Nachgang eingelenkt. Das Klimaschutzmanagement wollten sie allerdings künftig alleine machen. Das Klimaschutzmanagement solle nun nur noch in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Wiesenbach erfolgen.

Frau Polte berichtet, dass landauf, landab die gleichen Diskussionen stattfänden, da die „Knackpunkte“ überall die Stimmenverhältnisse und Kosten seien, daher tue man sich überall eher schwer, die jahrzehntealten Verbandssatzungen neu zu formulieren

Stadträtin Groesser berichtet von der zunehmend angespannten Stimmung unter den Verbandsgemeinden. Der Gedanke, etwas gemeinsam zu erarbeiten, sei immer weiter in den Hintergrund getreten. Grund dafür könnte sein, dass viele Sitzungen über die Jahre vertagt wurden. So könne kein „Wir-Gefühl“ entstehen. Sie sähe in der 2–1–1–1-Stimmverteilung eine Schwierigkeit, aber auch eine Chance. Neckargemünd müsse nun immer eine andere Gemeinde von seiner Abstimmungsentscheidung überzeugen. Erst habe sie das als Nachteil gesehen, aber es werde dafür sorgen, dass die Gemeinden enger zusammenarbeiten müssten. Sie bittet des Weiteren darum, dass die Tagesordnung und Sitzungsunterlagen frühzeitig an alle Mitglieder der Verbandsversammlung geschickt werden, nicht nur an die der kleineren Gemeinden zuerst, und erst kurz vor der Neckargemünder Vorberatung an die Neckargemünder. Daran hänge, ob sinnvoll interkommunal zusammengearbeitet werden könne. Sie fragt, wie sich die Bürgermeister hinsichtlich Stimm- und Kostenverteilung geeinigt haben. Der Bürgermeister sagt, der Beschluss, wie er jetzt allen Gremien vorliege, sei unter den Bürgermeistern abgestimmt. Dem liege auch die Einigung zugrunde, dass eine neue Satzung nur einstimmig beschlossen werden könne.

Stadtrat Rehberger erklärt, die Fraktion der Freien Wähler sei bisher immer der Meinung gewesen, keine Rechte ohne Not abzugeben. In der letzten GVV-Sitzung habe der Bürgermeister die 2–1–1–1-Stimmverteilung vorgeschlagen und die Fraktion überzeugt. Aber dann müsste die Verteilung der Kosten auch angepasst werden und die Fraktion sei froh, dass dies nun zumindest auf Bürgermeisterebene klar sei. Er hoffe, dass die anderen Gemeinderäte zu dem gleichen Entschluss kämen. Der GVV sei immer ein „ungeliebtes Kind“ gewesen, das in den 1970er Jahren über die Gemeinden gestülpt wurde. Es seien erst nur die Flächennutzungspläne gemeinsam gemacht worden. Damals hätten viele Neckargemünder Stadträte gedacht, sie wüssten es besser, und hätten Wünsche und Anträge der anderen Gemeinden abgelehnt.

Stadtrat Wagner führt aus, dass der GVV 1974 als Konstrukt für den Hauptzweck des Flächennutzungsplans gegründet worden sei. Erst in den letzten Jahren seien Aufgaben dazugekommen, namentlich das Integrations- und Klimaschutzmanagement. Jede Entscheidung des GVV sei vom Willen Neckargemünds abhängig gewesen. Dies sei nicht zielführend gewesen. Daher sollten die Stimmverhältnisse nun geändert werden. Die CDU-Fraktion fände, dass ein Mehr an Fairness und Miteinander guttäte.

Stadtrat Schimpf berichtet, er habe fast vom ersten Jahr an mitbekommen, was im Gemeindeverwaltungsverband alles vorgefallen sei. Jetzt sei es wichtig, nach vorne zu schauen. Er sei gespannt, wie sich dies nach dieser Neuregelung entwickle. Eine

andauernde Misstimmungslage könne nicht helfen, wenn man weiter zusammenarbeiten wolle. Auch die Hilfsangebote der leistungsstärkeren Stadt Neckargemünd – wie ein gemeinsamer Bauhof – seien der „Anti-Neckargemünd-Stimmung“ zum Opfer gefallen. Vielleicht gäbe es jetzt ein Aufwärts der Kommunikation.

Stadtrat Katzenstein erinnert daran, dass der Gemeindeverwaltungsverband Neckargemünd eine Frist bis zum 01.12.2021 für den Beschluss der neuen Satzung gesetzt bekommen hatte. Er fragt, ob um eine Fristverlängerung beim Landrat gebeten worden sei.

Der Bürgermeister bejaht dies. Das Landratsamt habe dem zugestimmt. Wenn die neue Satzung am 08.12.2021 beschlossen werde, sei die alte Frist auch nur um eine Woche überzogen.

Stadträtin Schlüchtermann erklärt, der Klimaschutz sei so ein wichtiges Thema und es sei ein schlechtes Zeichen, wenn hier keine Kooperation mehr bestehe. Sie fragt, ob man nochmal mit den Gemeinden Bammental und Gaiberg hierüber reden könne. Der Bürgermeister versichert, er sei immer für interkommunale Zusammenarbeit. Neckargemünd könne die beiden Klimaschutzbeauftragten auch mit eigenen Aufgaben beschäftigen, aber er habe immer ein offenes Ohr, wenn die Gemeinden wieder auf Neckargemünd zukommen wollten.

Frau Polte berichtet, es habe eine Übereinstimmung gegeben, das Thema Klimaschutz noch in der Satzung zu belassen und nicht zu streichen, dies sei ein gutes Zeichen. Demnächst gäbe es einen Jour fixe der Hauptamtsleiter der Verbandsgemeinden, da werde sie dem nachhören. Immer wieder Ein- und Aussteigen gehe allerdings auch nicht, da Neckargemünd die Personalkosten trage.

Stadträtin Groesser fragt, was eine Bauabzugssteuer sei, über diese sei sie in der Verbandshaushaltssatzung „gestolpert“.

Herr Möhrle erklärt, dass der Haushaltssatzung Standardtexte zugrunde lägen, die nicht bis ins Detail angepasst würden. Der Vollständigkeit wegen erklärt er den Begriff der Bauabzugssteuer.

### 10.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt folgendes Abstimmungsverhalten der Stadt Neckargemünd in der Verbandsversammlung des Gemeindeverwaltungsverbandes Neckargemünd am 8. Dezember 2021:

| TOP | Beratungsgegenstand  | Zustimmung | Ablehnung |
|-----|--|------------|-----------|
| 1.  | Genehmigung des Protokolls Nr. 1/2021 vom 09.10.2021   | einstimmig |           |
| 2.  | Neufassung der Verbandsatzung des Gemeindeverwaltungsverbandes Neckargemünd  | einstimmig |           |
| 3.  | Abschluss eines Vertrages zur Verwaltungsleihe zwischen dem Gemeindeverwaltungsverband Neckargemünd und der Stadt Neckargemünd | einstimmig |           |
| 4.  | Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2022  | einstimmig |           |

|    |                           |   |  |
|----|---------------------------|---|--|
| 5. | Mitteilungen und Anfragen | x |  |
|----|---------------------------|---|--|

11: **Vorberatung der Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes am 30.11.2021**

11.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 – Öffentlichkeitsarbeit und Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

11.2: **Beratung:**

Der Bürgermeister berichtet, es sei der Stadtverwaltung mitgeteilt worden, dass einzelne TOPs aus organisatorischen Gründen von der Tagesordnung genommen würden. Er schlägt dennoch vor, die vorliegende Tagesordnung zu behandeln, um den Beschluss als Vorrat zu haben.

Stadträtin Groesser sagt, die Gemeindeprüfungsanstalt habe angemerkt, dass die Verbandssatzung in Bezug auf übertarifliche Zulagen nicht korrekt sei, da hier die Versammlung und nicht der Vorsitzende entscheiden solle. Doch jetzt sei vorgesehen, die Satzung so zu ändern, dass hier der Vorsitzende entscheiden dürfe.

Der Bürgermeister führt aus, dass auch in der Gemeinde der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin bis zu einer bestimmten Tarifgruppe alleine entscheiden dürfe, so dass nicht zu jeder Personalentscheidung der Gemeinderat tagen müsse. Hier sei das ähnlich. Es sei schwierig zu entscheiden, wo die Linie gezogen werde. Hier gehe es um Mitarbeitende, die der Abwasserzweckverband beschäftigt. Es schaffe keinen Mehrwert, wenn in den mittleren Gehaltsgruppen Beschlüsse benötigt würden. Es komme auch vor, dass Bewerbende wegen dem langen Verfahren absprängen. Bei den übertariflichen Zulagen gehe es darum, Mitarbeitenden in der Gehaltsgruppe 9a keine Zulage bis 9c machen zu dürfen. Er selbst halte es für sinnvoll, hier handlungsfähig zu bleiben.

Stadträtin Groesser weist darauf hin, dass auch diese Hauptsatzung dahingehend verändert werde, dass virtuelle Sitzungen ermöglicht werden. Auch die Stadtverwaltung solle sich Gedanken machen, dies ebenfalls aufzunehmen.

Der Bürgermeister merkt an, der Gesetzgeber ermögliche es noch nicht, dass virtuell auch wichtige Angelegenheiten wie Bauanträge, Satzungen etc. beschlossen werden dürften. Da habe die Kommune keine Handhabe. Und alles andere könne auch im Umlaufverfahren beschlossen werden. Bei Sitzungen eines Gremiums, in dem viel diskutiert werde, könne er sich eine virtuelle Sitzung nicht vorstellen. Bei Gemeinderäten müsse – anders als im Landtag oder Bundestag – der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin viele Sitzungsaufgaben gleichzeitig leisten, das könne er sich bei virtuellen Sitzungen nicht vorstellen.

Stadtrat Katzenstein wendet ein, es gäbe technische Möglichkeiten, die dies ermöglichen.

11.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt einstimmig folgendes Abstimmungsverhalten der Stadt Neckargemünd in der 151. Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes Heidelberg am 30.11.2021, 15 Uhr, im Rathaus Neckargemünd:

| TOP        | Beratungsgegenstand   | Zustimmung /Ablehnung |
|------------|---|-----------------------|
| A 1        | Verpflichtung neuer Mitglieder  | Kenntnisnahme         |
| A.2        | Wahl der beiden stellvertretenden Verbandsvorsitzenden für 2022                                       | Zustimmung            |
| <b>A 3</b> | Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes Heidelberg - Satzungsänderung                              | dto                   |
| <b>A 4</b> | Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg über die Allgemeine Finanzprüfung 2012 bis 2019 | dto                   |
| A 5        | Sanierung Hochlastfaulung Klärwerk Süd – Erhöhung der Maßnahmengenehmigung                            | dto                   |
| A.6        | Einrichtung einer vierten Reinigungsstufe im Klärwerk Nord - Mündlicher Sachstandsbericht             | Kenntnisnahme         |
| A.7        | Monitoring von Covid-Viren im Abwasser - Mündlicher Sachstandsbericht                                 | Kenntnisnahme         |
| <b>A.8</b> | Haushaltssatzung 2022   | dto                   |
| A.9        | Vorratsbeschluss über die Neuaufnahme von Krediten im Jahr 2022                                       | dto                   |
| A.10.      | Verschiedenes   | -                     |

## 12: **Mitteilungen und Anfragen**

### 12.1: **WLAN-Zugang im Schulzentrum für Gemeinderat**

Stadtrat Wagner merkt an, dass der Gemeinderat aufgrund des Infektionsgeschehens wohl länger in der Aula des Schulzentrums verweilen werde. Er fragt, ob es möglich sei, dass die Stadträtinnen und -räte hier WLAN-Zugang bekämen.

Der Bürgermeister sagt zu, sollte der Gemeinderat noch über den Januar hinaus im Schulzentrum bleiben, sei der WLAN-Zugang notwendig.

Stadträtin Linier bittet darum, schon zur nächsten Sitzung den Zugang zur Verfügung zu stellen. Es seien auch Eltern mit kleinen Kindern im Gremium, die während der Sitzung nicht erreichbar seien.

### 12.2: **Wünsche an den Sitzungskalender 2022**

Stadtrat Bergsträsser schlägt vor, eine weitere optionale Sitzung im nächsten Jahr einzuplanen, damit nicht am Ende des Jahres so viele Sitzungen und TOPs zusammenkommen wie jetzt.

Er bittet zudem darum, auch Veranstaltungen der Ortsteile in den Sitzungskalender aufzunehmen.

### 12.3: **Kommissionen**

Stadtrat Konrad erkundigt sich danach, wann die Kommissionen wieder zusammenkämen und merkt an, dass seine offenen Fragen der letzten Sitzung immer noch offene Fragen seien.

Der Bürgermeister antwortet, die Kommissionen sollten ab Januar 2022 behandelt werden.

12.4: **Haushaltsunterlagen**

Stadträtin Groesser fragt, wann die Stadträtinnen und-räte die Haushaltsunterlagen zugeschickt bekämen.

Der Bürgermeister führt aus, dass er in der Sitzung am 16.12.2021 den Haushalt einbringe. Er gehe davon aus, dass die Unterlagen in den Weihnachtsferien verschickt würden.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen  
Stadträtin Dr. Welter

Die Schriftführerin

Stadtrat Bergsträsser